

BastA!

Basels starke Alternative

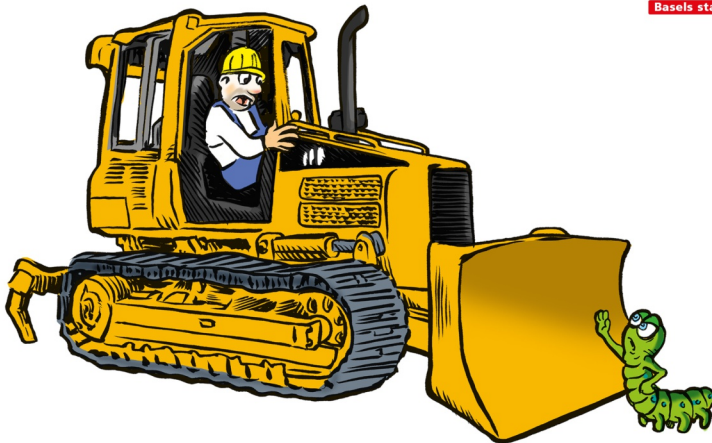
ABSTIMMUNGEN

Familiengartenreferendum – warum?



Post CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



NEIN ZUM FREIZEITGARTENGESETZ

Kleingarten, Schrebergarten, Heimgarten, Familiengarten, Freizeitgarten, Laube..., ein Bänkli in der Abendstimmung. Bilder kleinbürgerlicher Idylle scheinen auf. Doch: Was sind Familiengärten in Basel?

Was sind Familiengärten in Basel?

In Basel umfassen die meisten Familiengärten 200 m². Sie werden mehrheitlich von der Stadtgärtnerei verwaltet und vergeben. 37 Vereine aus BS und fünf Vereine aus BL sind im Zentralverband der Basler Familiengärtner-Vereine zusammengeschlossen, der seit 1918 als Scharnier und Vermittlungsstelle zwischen Stadtgärtnerei, den Vereinen und Pächter*innen funktionierte. Die Pächter*innen bezahlen eine Pacht und den Vereinsbeitrag, der für den Unterhalt des Areals eingesetzt wird. Die Gärtner*innen gehen mit dem Vertrag Verpflichtungen ein, die in der Gartenordnung der Stadtgärtnerei festgehalten sind. Durchschnittlich zwei

Stunden Arbeit täglich braucht es, sagte mir mein Pachtvorgänger aus 60 Jahren Gartenerfahrung.

Warum Familiengärten?

Auf die Gründerzeit Ende 19. Jahrhunderts geht zurück, dass die Gärten der Gesundheit dienen sollen. Gärtner*innen arbeiten im Freien, pflanzen und ernten Gemüse, Früchte und Blumen für den Eigengebrauch. Der Familiengarten bietet Kindern und Jugendlichen den Erlebnisraum Natur, hilft voll arbeitenden Stadtbewohner*innen sich bei Gartenarbeit zu entspannen, bietet Rentner*innen Kontaktmöglichkeiten und Migrant*innen einen Begegnungsraum. Arbeitslose finden im Garten Struktur und ein Betätigungsfeld. Beeinträchtigte Menschen schöpfen im Garten Kraft für ihren Alltag. Familiengärten haben so seit über 100 Jahren eine wichtige Funktion in der Gesundheitsförderung und -erhaltung.

weiter auf Seite 2



Parolenfassung 25. September



Seite 8
Unser neuer Grossrat Nicola Goepfert im Interview



Seite 10
HDP: Die Lösung sind wir

Freitag, 16. September ab 14 Uhr
**Parkingday, Breisacherstrasse 51, 4057
 Basel**

Samstag, 17. September 14 Uhr
**Kundgebung Dreirosen bleibt!
 Dreirosenanlage**

Montag, 19. September
Koordination

Sonntag, 25. September ab 11 Uhr
**Abstimmungsbrunch im Sekretariat
 Parolenfassung in Kürze S. 9**

Mittwoch, 28. September 19 Uhr
Mitgliederversammlung

Dienstag, 18. Oktober 19 Uhr
Mitgliederversammlung

Montag, 31. Oktober 19 Uhr
Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 03/2022

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor und Helma Pöppel

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1400
Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31
Konto: PC 40-31244-5

Wer hat einen Freizeitgarten in der Stadt Basel?

Wer ein eigenes Grundstück mit Garten besitzt, braucht keine Parzelle. In den Arealen pachten meistens Menschen, die in den engen, zubetonierten Stadtquartieren in Mehrfamilienhäusern leben. Viele Menschen leben von Renten, der Garten ist ihr Refugium und ihr Erholungsraum. Sie kommen aus unterschiedlichen Kontexten. Gemeinsam ist ihnen die Motivation zur Arbeit mit der Natur und die Freude, die Pflanzen im Jahreszyklus zu erleben. Begegnungen:

Neben meiner Parzelle hat eine Gruppe junger Männer die Parzelle gepachtet. Sie haben sie mehrfach umgebaut, gemütliche Ecken mit Paletten geschaffen, Beete angelegt und ein Gewächshäuschen installiert. Zeitweise sind sie oft dort, arbeiten wie verrückt, grillen und feiern. Manchmal sieht man sie kaum, dass Unkraut schiesst auf und wird dann in dynamischen Aktionen wieder entfernt. Ein stetes und meist fröhliches Bauen, Umgestalten, Ausprobieren. Junge Menschen, die sich mit der Natur auseinandersetzen.

Im Umfeld meiner Parzelle ist Diversität in allen Schattierungen erlebbar. Meine Nachbar*innen kommen aus Kosovo, Monte Negro, Serbien, Albanien, Polen, Italien, der Türkei und aus der Schweiz. Sie sind zwischen 20 und 85 Jahre alt. Einige sind in Ausbildung, andere arbeiten noch voll. Viele sind IV- oder AHV-Rentnerinnen. Sie sieht man fast täglich im Garten stundenlang ihre Parzellen gestalten und pflegen. Die wenigsten Pächter*innen arbeiten alleine im Garten. Kinder spielen auf den Wegen, Partner*innen und Eltern kommen und helfen mit. Auch die Gartenvorstellungen sind vielfältig: von klar strukturierten und von jeglichem Unkraut freien Parzellen mit schnurgeraden Pflanzenreihen zu divers gehaltenen mit Beikraut durchsetzten Gärten bis hin zu idyllisch gestalteten Biotopen findet man/frau fast Alles.

Wie sieht die Zukunft der Familiengärten aus?

Eigentlich kann es weitergehen wie bisher: die Areale bleiben erhalten, freierwerbende Parzellen werden an Neupächter*innen vergeben. Das Leben in den Arealen setzt sich weiter in gewohnter Weise fort.

Wird die Abstimmung über die Revision des Freizeitgartengesetzes am 25. September 2022 von der Basler Stimmbevölkerung angenommen, dann könnte das Leben in unseren Familiengärten aber anders aussehen.

- Parzellen könnten - wie auch mit dem bisherigen Gesetz - für nicht weiter

definierte «übergeordnete Interessen» ersatzlos aufgehoben werden. Zu den in den letzten Jahren ersatzlos geräumten und überbauten 1021 Parzellen stehen weitere ca. 150 Parzellen zur Disposition, ohne dass die 82 Ha (zugesagt in der Abstimmung 2011) unterschritten würden.

- Das Anrecht auf einen gleichwertigen Ersatz bei Aufhebung ist mit der Teilrevision aus dem Gesetz verschwunden: jetzt soll ein Garten nur noch «soweit möglich» ersetzt werden.

- Die Einsprachemöglichkeiten bei Kündigung sind neu auch erschwert: Einsprachen werden zu einem Verwaltungsakt und verursachen der Kosten von ca. CHF 600. Das können sich nicht Alle leisten.

Die Stadtgärtnerei verfasste im November 2021 eine «Strategie für die Entwicklung der Freizeitgärten» mit neuen Freizeitgartenmodellen. Sie lag weder der vorbereitenden Kommission noch dem GR bei der Abstimmung im März 2022 vor. Das neue Gesetz schafft die Basis, dass die Stadtgärtnerei Areale nach eigener Einschätzung umgestalten kann – weit über Durchwegungen hinausgehend. Parzellen könnten auch verkleinert oder halbiert werden, wenn die Stadtgärtnerei diese Massnahme aufgrund der langen Wartelisten umsetzen möchte. Mitentscheiden dürfen die Verein und Pächter*innen nicht: sie werden nur angehört.

Was erwarten wir von einem neuen Familiengartengesetz?

Wir erwarten, dass ein neues Familiengartengesetz explizit ausführt, dass

- Parzellen und Areale erhalten bleiben: sie oder Teile davon dürfen nur in dringenden Ausnahmefällen reduziert oder aufgehoben werden können. Das verlangt nach einer einschränkenden Definition von «übergeordnete Interessen» und der Garantie, dass für aufgehobene Flächen mindestens gleich grosse erschlossen werden.



- Bei Wegnahme eines Gartens ein Recht auf möglichst gleichwertigen Ersatz garantiert ist,
- Vereine und Pächter*innen aktives Mitspracherecht bei Umgestaltungen bzw. Aufwertungen ihrer Areale haben,
- das bisher kostenlose Einspracherecht erhalten bleibt,
- als Ziel die Erhöhung der Familiengartenfläche genannt wird, um die spärlichen 13% «Grünfläche» in Basel mit ergänzenden sinnvollen Modellen zu erweitern.

Visionen und Wünsche?

Ja, wir haben Visionen: Wir wünschen uns ein grünes Basel mit Familiengärten, Parks,

bepflanzten Leerräumen, Brachen, Balkonen.... Wir wünschen uns ein Neben- und Miteinander von verschiedenen Modellen, die den Menschen in dieser Stadt ein gesundes Umfeld schaffen. Wir wünschen uns, dass Menschen mit geringem Einkommen auch in der Stadt Basel ein Stück Erde bepflanzen dürfen und ihre Parzellen und ihre Arbeit geschützt sind. Wir wünschen uns, miteinander und nicht gegeneinander zu planen und zu arbeiten für eine grüne Zukunft. Wir wünschen uns ein Gesetz, das dazu die Basis schafft. Darum: NEIN zu DIESEM Freizeitgartengesetz!

Dora Borer, Basta! Mitglied und Vorstandsmitglied des Vereins "Hände weg von unseren Gärten"

Postkarten und Aufkleber bestellen unter: basta-bs.ch/



RHEINTUNNEL

Verkehr ist (k)ein Naturgesetz

«Man muss zuerst den Verkehr aus dem Wohnquartier und den Strassen von Basel-West rausnehmen, bevor man überhaupt den Platz hat, um den öffentlichen Verkehr zu bringen,» behauptet der Baselbieter Regierungsrat Isaac Reber.

Als ich das am 10. Juni im Regionaljournal gehört habe, hätte ich schreien können. Wie ist es möglich, dass heute noch immer Leute und sogar Vertreter der Grünen daran glauben, dass man neue Autostrassen bauen muss, um Autoverkehr aus den Quartieren zu reduzieren? Ein kurzer Text über eine Fehlannahme, welche die Verkehrsplanung seit Jahrzehnten dominiert.

«Verkehr auf Autobahnen kanalisieren»

Es würde niemand ernsthaft behaupten, dass

Autoverkehr ein Naturgesetz oder eine Naturgewalt ist. Wenn wir über Verkehr sprechen, tun wir es unbewusst trotzdem: Verkehr fliesst, oder eben nicht. Man kann ihn stauen, umleiten, oder kanalisieren. Wir sprechen über den Verkehr, als wäre er ein Fluss. Mit Verkehr ist dabei interessanterweise immer der Autoverkehr gemeint, nicht der ÖV, die Velofahrenden oder Menschen zu Fuss.

Autoverkehr ist ein Fluss – dieses Denken ist so tief in uns verankert, dass viele unbewusst daran glauben, dass man Autoverkehr nicht einfach verhindern kann. Sie denken, dass er bei einem Hindernis ins Quartier «abfließt». Nach dieser Logik muss der Autoverkehr in Basel «auf Hauptachsen und den Autobahnen kanalisiert [werden], um die Wohnquartiere

und die Innenstadt vom Verkehr zu entlasten», wie es das Amt für Mobilität des Kantons Basel-Stadt auf der Homepage schreibt.

Eine Frage der Infrastruktur

Dass die Annahme und die daraus gezogenen Folgerungen falsch sind, hat Hermann Knoflacher, Professor für Verkehrsplanung, schon vor vielen Jahren nachgewiesen. Bei einem Rückbau der Strassenkapazitäten für Autofahrende kommt es in der Regel nicht zu einer wesentlichen Zunahme des Verkehrsaufkommens auf umliegenden Strassen. Jedenfalls nicht, wenn es Alternativen gibt - beispielsweise den Umstieg auf den ÖV oder das Velo (die Hälfte aller Autofahrten sind weniger als 5 Kilometer lang), den Verzicht auf eine Fahrt (44% des

Verkehrs sind Freizeitaktivitäten), oder die bessere Ausnutzung von Fahrzeugen (im Pendlerverkehr sitzt in 9 von 10 Autos nur eine Person).

Die Umnutzung einer Autospur zugunsten von Velorouten oder Tramtrassees, führt also nicht dazu, dass der Autoverkehr in die Quartierstrassen «abfließt», sondern bewirkt eine Verhaltensänderung, zu der wir Menschen im Gegensatz zu einem Fluss fähig sind. Da der ÖV und der Veloverkehr im Vergleich zum Autoverkehr sehr flächeneffizient ist, wird dadurch sogar Platz frei für Bäume und Grünflächen, die wir dringend zur Kühlung der Stadt brauchen.

Noch nicht überzeugt? Um ganz sicher zu gehen, könnte man die Quartierstrassen einfach mit Pollern vom Durchgangsverkehr freihalten. Im Vergleich zum Bau von kilometerlangen Autotunnels wäre das ein Klacks.

Rheintunnel: Autobahn-Wahn auf Kosten von Klima und Bevölkerung

Der Bundesrat will für 2,4 Milliarden Franken eine neue Autobahn ("Rheintunnel" genannt) unter Basel hindurch graben. Der Tunnel würde bei Birsfelden starten und bei der Wiese, dem Bad. Bahnhof und der Dreirosenbrücke an die Oberfläche kommen.

Die Dreirosenmatte würde für rund zehn Jahre zur Baustelle. Ein auch nur halbwegs

21st Century City @urbanthoughts11

1970: One more lane will fix it.
 1980: One more lane will fix it.
 1990: One more lane will fix it.
 2000: One more lane will fix it.
 2010: One more lane will fix it.
 2020s: ?



brauchbarer Ersatz für die von der Bevölkerung intensiv und vielfältig genutzte Matte gibt es bis jetzt nicht. Die an der Präsentation des Bundesamts für Strassen im Juni vorgestellten Ideen sind: ein paar Bäumchen im Topf auf der Dreirosenbrücke, ein Pavillon mit Sporthalle am Rheinufer oder ein begrünter Streifen zwischen Dreirosenbrücke und Klybeckareal.

Baubeginn ist für 2029 geplant. Fertig gestellt würde die Autobahn frühestens 2040. Zum Vergleich: Basel muss bis 2030 Netto-Null erreichen. Oder wenn es nach dem Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative geht: bis spätestens 2037. Es ist vollkommen

offen, wie die riesigen CO2-Emissionen aus dem Tunnelbau und Autobahnbetrieb kompensiert werden sollen, selbst wenn irgendwann die ganze Fahrzeug- und Stromproduktion für E-Autos klimaneutral ist. Aktuell verursacht ein E-Auto noch etwa halb so viel Klimaemissionen wie ein fossil betriebenes Fahrzeug. Nicht gelöst sind zudem: Platzverschwendung (Autos brauchen fahrend etwa 20mal mehr Platz als Menschen im ÖV), Lärm (schwere E-Autos sind aufgrund des Rollgeräuschs bei Tempo 50 etwa gleich laut wie fossil angetriebene Karossen) und Unfälle.

Warum also 2,4 Milliarden in ein Projekt investieren, das mit so vielen Nachteilen verbunden ist, wenn es bestehende, ausbaufähige Lösungen wie S-Bahn, Tram und Velorouten gibt, die als positiven Nebeneffekt die Lebensqualität in Basel und der Agglomeration erhöhen könnten?

Deshalb ruft BastA! zusammen mit anderen Parteien und Organisationen zur Kundgebung für den Erhalt der Dreirosenmatte und den Stopp der Rheintunnelplanung auf.

Tonja Zürcher, Vorstand BastA!

Kundgebung:

Dreirosen bleibt!

17. September 14h,

Dreirosenanlage

BastA!
Basels starke Alternative

AHV21 - Das bügeln wir nicht weg!

Ja, ich bin eine Frau. Ja, ich engagiere mich in einer der linksgrünen Jungpartei und ja, ich wollte den neuen AHV Vorlagen zustimmen.

Als mich Ella aus der JuSo zum ersten Mal nach meiner Meinung zur AHV 21 fragte, und ich ihr schein meine Meinung sagte, war sie fassungslos. Wie ich denn Feministin sein und gleichzeitig so etwas unterstützen könnte? Sie rechnete mir vor, wie viel Franken Rente jede Frau dadurch im Durchschnitt verlieren würde, erklärte mir die strukturelle Ungerechtigkeit der Frau in unserer Gesellschaft und natürlich zählte sie auch die vielen Stunden unbezahlte Care-Arbeit auf.

Ich weiss von all diesen Problemen. Ich bin mir bewusst, dass wir im Patriarchat leben. Ich möchte dieses System abschaffen. Aber tue ich das, indem ich Nein zur AHV 21 sage?

Erstmal um das klarzustellen: Ich gehöre nicht zu denen, die zuerst gleiche Pflichten und danach gleiche Rechte fordert. Das ist Bullshit und fördert nur weiter die patriarchalen Strukturen. Aber ich gehöre auch nicht zu denen, die alles ablehnen solange es nicht der eigenen Vision entspricht. Da hätten wir zum Beispiel das CO₂-Gesetz. Eine Vorlage, die nicht annähernd konform mit dem Pariser Klimaabkommen war und gleichzeitig zu wenig sozialen Ausgleich berücksichtigte. Aber ich sagte Ja und war erschüttert über die knappe Ablehnung. Denn jetzt stehen wir ganz ohne Plan und Reduktionspfade da.

Genau davor graute es mir auch bei dieser Abstimmung. Einmal mehr ohne Konzept vor einem Berg voller Probleme zu stehen. Denn

eine gesicherte Altersvorsorge wollte ich nicht missen. Dafür würde ich auch in den sauren Apfel beißen und einmal mehr zusätzlich Pflichten auf mich nehmen. Für das gemeinsame Wohl.

Bis mir irgendwann dämmerte, dass wir vielleicht gar kein Geldproblem bei der AHV haben. Es begann mit einem langen und sehr detailreichen Vortrag der Grünen Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber zur Altersvorsorge im Allgemeinen. Ich gebe zu, ich habe nur etwa 80% verstanden, aber drei Sachen gingen mir nicht mehr aus dem Kopf.

1. Es gibt kein AHV Loch
2. Rente ist rein politisch definiert und frei von jeder Logik
3. Deshalb müssen wir unbedingt die neue Vorlagen bekämpfen

Weil ich keine Meinung verrete, die ich nicht rational erklären kann, war ich danach nicht überzeugt, sondern vor allem verwirrt. Wie kann es sein, wenn alle vor den leeren AHV-Kassen warnen, dass sie uns auf einer Grafik zeigt, dass es zwar kurzfristig ein Finanzierungsproblem gäbe, aber langfristig alles gut ist. Und weshalb erklärt sie jede Weiterentwicklung der AHV mit dem Durchsetzungsvermögen einer Interessensgruppe? Als wäre dieses Thema reine Machtdemonstration. Während diese Fragen in meinem Kopf herumschwirrten, kamen tausend andere Dinge dazu, wie zum Beispiel die Matur und ich schob das Thema erstmal auf. Ich hätte ja noch Zeit bis zur Abstimmung.

Nur irgendwann kam der Moment, in dem wir als linke Jungpartei angefragt wurden, dem Referendumskomitee beizutreten. Das Thema war wieder aktuell. Es stellte sich heraus, dass fast alle in unserem Vorstand ziemlich unentschlossen waren, was die Abstimmung anging. Klar, sind die Frauen viel stärker davon betroffen, aber würde eine Einzige der Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen, wie Lohnungleichheit und unbezahlte Care-Arbeit durch ein Nein aufgelöst? Für mich war klar: Der Status Quo bliebe erhalten, während die AHV immer weiter ins Minus ginge. Ich fragte mich, wie sehr ich auf meinen feministischen Prinzipien beharren müsste, wenn wir in einer Notsituation sind, die alle betrifft, und die durch ein Jahr mehr Arbeit gelöst werden kann.

Dann kam der Input von Benjamin Plüss. Auch hier begann er mit dem Argument der Ungerechtigkeit gegenüber den Frauen - das mich bis heute nicht richtig überzeugt - aber dann zeigte er Berechnungen und zwei weitere mir bis dahin unbekannte Aspekte der neuen Vorlagen. Zuerst löst die AHV 21 nicht einmal das kurzfristige Finanzierungsproblem. Es lindert die Finanzierungslücke von 15 Milliarden Franken lediglich um drei Milliarden. Dann kommt hinzu, dass die Mehrwertsteuer um 0.4% erhöht werden soll, was Menschen mit wenig Einkommen viel härter trifft und dass 65 Jahre als Referenzalter gelten soll. Das heisst, dass von da an, ohne grosse Debatte, das Rentenalter auf 67 Jahre erhöht werden kann. Gleichzeitig zeigte er uns andere Finanzierungsmodelle der AHV auf, beispielsweise durch die Renditen

MATERIAL BESTELLEN!

Die AHV 21 will einseitig auf Kosten der Frauen sparen.

Frauen erhalten schon jetzt ein Drittel tiefere AHV-Renten.

Jetzt sollen ihre Renten um weitere 26'000 Franken gekürzt werden.

Der nächste Schritt wird Rentenalter 67 für alle sein.

Hilf mit im Abstimmungskampf. Jetzt Veloschild bestellen unter:

haendewegvonmeinerrente.ch



der Nationalbank. Der Knoten in meinem Kopf begann sich langsam zu lösen. Es fehlt nicht an Geld und daher gibt es auch kein AHV Loch. Woran es mangelt, ist Einigkeit darüber, woher das nötige Geld kommen soll. Deshalb hat Katharina Prelicz-Huber auch von Anfang an betont, dass die Rente rein politisch Kämpfe widerspiegelt. Die Frage lautet nicht, wie können wir die beste Altersvorsorge für alle ermöglichen, sondern wer setzt sich durch.

Ich hasse es, wenn es in politischen Debatten schlussendlich nur noch darum geht. Vielleicht stand ich auch deshalb so lange zur neuen Vorlage. Ich kann wenig mit Sprüchen wie „Hände weg, von unseren Renten“

anfangen. Wenn politische Themen emotional oder ideologisch bearbeitet werden, schrecke ich zurück. Ich mag Zahlen und kühle Analysen. Und das hat mich diesmal in die Irre geführt. Mir schien es, als handle es sich bei der AHV 21 um einen etwas unangenehmen, aber rational erklärbaren Kompromiss. Aber ich hatte nicht das ganze Bild vor Augen. Ich wusste nicht, wie lang und intensiv schon um diese Vorlage gerungen wurde, wie viele andere, bessere Lösungen vom Tisch gefegt wurden und wie wenig dieser Plan helfen würde.

Ich werde nun Nein am 25. September stimmen. Nicht, wegen der Angleichung des Rentenalters der Frauen, sondern weil diese

Vorlage keine Lösung bringt. Ich werde Nein sagen, weil die AHV 21 das strukturelle Problem der Finanzierung der Altersvorsorge aufschiebt mithilfe des Geldes und der Zeit der Ärmere. Und das kann nicht sein!



Helma Pöppel, junges grünes bündnis nordwest

GROSSRATS-FRUST

Frauenstreik - da war doch was!

Im letzten halben Jahr wurden zwei Vorstösse, die anlässlich des Frauenstreiks 2019 geschrieben und eingereicht wurden, von einer knappen Mehrheit im Grossen Rat als erledigt abgeschlossen.

Die beiden Vorlagen wollten Verbesserungen, bzw. zusätzliche Angebote für die PH FHNW und die Basler Schulen.

Die Motion «Modul zu gendergerechtem Unterricht in der Ausbildung für Lehrpersonen» verlangte, dass in der Ausbildung zu Berufen im pädagogischen Bereich an der PH FHNW, ein obligatorisches Angebot für alle aufgenommen werden soll, also nicht nur für Lehrpersonen, sondern auch in der Ausbildung von ErzieherInnen und SozialpädagogInnen, welches die Aufmerksamkeit auf problematische Stereotypen oder tradierte Rollenverhalten lenken und die Studierenden so für die Thematik sensibilisieren soll.

Gleichzeitig wurde auch ein Anzug «Projektwochen oder Projekttage an Basler Schulen zum Thema «Sexuelle Gewalt und Selbstverteidigung» eingereicht. Auch dies eine Forderung des Frauenstreik, aber auch von Amnesty, die mit einer Studie die Dringlichkeit dieser Forderung aufgezeigt hat. Die PH FHNW und damit das ED lehnten die Forderungen mit zum Teil fadenscheinigen Gründen ab. Ernüchternd vor allem, da sich weder die PH FHNW noch das ED inhaltlich zu den Forderungen geäußert haben, sondern nur eine Aufstellung der bereits vorhandenen Angebote und Veranstaltungen lieferten, die aber in keinsten Weise den geforderten Inhalten entsprechen.

Besonders frustrierend war die Antwort des ED zur Idee, in der Schule Angebote zur Selbstverteidigung insbesondere für Mädchen

bereitzustellen, da sich die Antwort in keinsten Weise von der ersten Antwort unterschied und das ED für die Zweitbeantwortung zwei Jahre gebraucht hat. In beiden Antworten gab es keinerlei Überlegungen, wie die Forderungen der Anzugssteller:innen auf eine einfache und konstruktive Weise erfüllt werden könnten. Beide Vorlagen wurden darauf auf Empfehlung der Regierung vom Grossen Rat als erledigt abgeschlossen. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass nach dem Riesenerfolg des Frauenstreiks, Forderungen zugunsten von Frauenanliegen in den politischen Gremien nun eher Gehör fänden. Anscheinend ist dem nicht so!

Die Hauptforderungen der streikenden Frauen 1991 waren: Lohngleichheit, Gleichstellung in den Sozialversicherungen sowie das Ende von strukturellen Diskriminierungen, Sexismus und sexuellen Belästigungen. Fast 30 Jahre später beim Frauenstreiktag 2019 mit weit über einer halben Million Teilnehmenden mussten die fast gleichen Forderungen wieder erhoben werden, was einmal mehr zeigt, wie langsam Politik und Gesellschaft auf die berechtigten und zum Teil gesetzlich verankerten Forderungen der Frauen reagieren.

Zwar wurden seit dem ersten Frauenstreik 1991 Forderungen der streikenden Frauen auf die politische Agenda genommen, einige dieser aus den Forderungen herausgegangenen politischen Vorstösse sind in der Zwischenzeit erfüllt, andere aber sind nur teilweise oder gar nicht erfüllt worden.

Im Manifest zum Frauenstreik 2019 wurden unter anderem besondere Massnahmen gefordert, um zukünftig strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu vermeiden und zu verhindern. So wurde

verlangt, dass insbesondere Präventionsmassnahmen ergriffen werden, die möglichst früh greifen, also bereits in der Schule.

Aus diesem Grund wurden im Nachgang zum Frauenstreiktag 2019 im Basler Parlament die oben genannten Vorstösse eingereicht, die Inhalte der Forderungen aus dem Manifest zum Frauenstreik aufnehmen und seit Jahren gefordert werden.

Es ist unverständlich, dass die PH FHNW und das ED sich weigern, die vorgeschlagenen Massnahmen zur Prävention von sexueller Gewalt an Frauen und Mädchen und Massnahmen in den Bildungsgängen der PH Einheiten zu Genderthemen aufzunehmen. Insbesondere da sowohl Studierende an der PH als auch Lehrpersonen beide Angebote schmerzlich vermissen.

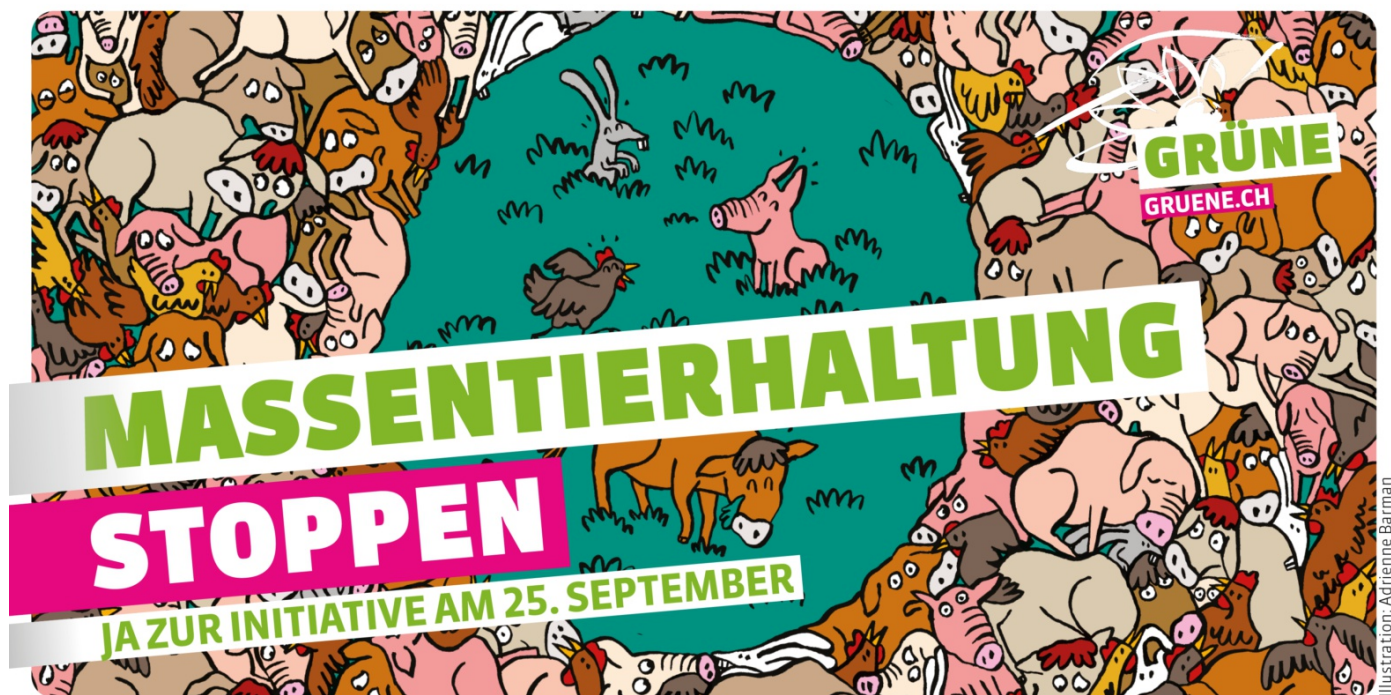
Hätte die Wirtschaft ein Interesse an diesen Themen, wären sie wohl längst umgesetzt, wie das zum Beispiel bei der Digitalisierung der Fall ist. Sowohl die PH als auch in der Schule wurde der Fächerkanon relativ schnell angepasst oder soll noch angepasst werden.

Genderthemen werden dagegen weiter vernachlässigt, obwohl es genügend Studien und Untersuchungen gibt, die aufzeigen, wie wichtig eine frühe Auseinandersetzung und Prävention wäre.



Beatrice Messerli, Grossrätin BastA!

Industrielle Fleischproduktion zur Gewinnmaximierung



«Erstes Schiff mit Getreide verlässt Hafen von Odessa.» Anfangs August konnten wir diese Schlagzeile lesen und für einen Moment aufatmen. Bald wurde aber klar, dass die Schiffsladung wenig zur Entschärfung der Hungerkrise beitragen wird. Geladen hatte das Schiff Futtermais.

Globalisierte Agrarindustrie statt Nahrung für Hungerleidende

Der Frachter «Razoni» machte damit gleich zwei grundlegende Probleme der Nahrungsmittelindustrie unüberschbar. Einerseits die auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Agrarindustrie, welche eine weltweite Abhängigkeit von globalisierten Lieferketten geschaffen hat. Werden diese Lieferketten unterbrochen, leiden Menschen insbesondere im globalen Süden Hunger, während andernorts Nahrung verdirbt. Andererseits wird auf der begrenzten fruchtbaren Fläche und mit sinkenden Wasserreserven Futter für die Fleischindustrie angebaut, was eine sehr verschwenderische Nutzung des knappen Ressourcen ist.

Für ein Kilo Fleisch wird ein Vielfaches an Getreide und Soja als Futter gebraucht. Je nach Tierart und Tierhaltung sind es zwischen zwei- und 20-mal mehr. Dreiviertel des weltweit angebauten Sojas wird an Nutztiere verfüttert. Für 1 kg Rindfleisch braucht es im Schnitt 15'500 Liter Wasser, für Weizen etwa 600 Liter. Es ist offensichtlich, dass es für die

Ernährungssicherheit und die ökologischen Lebensgrundlagen wichtig ist, viel weniger Fleisch und tierische Produkte zu essen.

Die Menge der konsumierten tierischen Produkte ist entscheidend. Es spielt aber auch eine Rolle, wie die Tiere gehalten und gefüttert werden, die wir später essen oder deren Milch wir konsumieren. Fressen Rinder ausschliesslich Gras und Heu auf Alpwiesen, die nicht für den Ackerbau genutzt werden können, helfen sie, die vorhandenen Ressourcen gut zu nutzen und halten die Wiesen abwechslungs- und artenreich. Auch dann fallen grosse Mengen Methan an. Kühe auf der Alp sind also auch nicht nur idyllisch, im Vergleich zur Massentierhaltung von Geflügel, Schweinen und Kälbern sind die negativen Auswirkungen aber wesentlich kleiner.

Massentierhaltung: wir verlieren alle

Von Massentierhaltung spricht man, wenn mehr als 2000 Hühner, 1500 Schweine oder 300 Kälber in einem Stall gehalten werden. Weitere wichtige Kriterien sind der Auslauf ins Freie und die Herkunft des Futters. Gruppengrösse und Auslauf sind entscheidend für das Tierwohl. Zudem sind zusammengepferchte Tiere in Massentierhaltung ohne Tageslicht und ohne Einstreu auf nacktem Betonboden anfälliger für Krankheiten, weshalb mehr Antibiotika und andere Medikamente eingesetzt werden. Bei der Herkunft des Futters geht es darum, ob das Soja aus gerodetem Regenwald oder

Monokulturen kommt, aber auch, wie viel Futter auf dem Hof selbst angebaut wird. Es sollten nur so viele Tiere gehalten werden, als die dadurch entstehende Menge von Mist und Gülle noch umweltverträglich als Dünger wiederverwertet werden kann. Wird auf einer Fläche zu viel Mist und Gülle verteilt, gelangt der darin gebundene Stickstoff in die Luft, in nahegelegene Wälder, Moore und Bäche und ist eine der Hauptursachen für den Artenverlust.

Es ist absurd, dass auf Kosten der Natur, der Tiere und der Menschen im globalen Süden, so viel Fleisch als billige Massenware angeboten wird, dass es für die Konsument*innen selber ebenfalls ungesund ist. Die einzigen, die aus diesem System Gewinn ziehen, sind diejenigen, die mit grossen Margen mit Nahrungsmitteln handeln oder spekulieren. Deshalb empfehlen wir ein deutliches Ja zur Initiative gegen Massentierhaltung am 25. September.



Tonja Zürcher, Grossrätin & Vorstand BASTA!

Nicola Goepfert im Interview: "Rassistische Polizeikontrollen müssen gestoppt werden!"

Mit dem Rücktritt unseres Grossrats Beat Leuthardt rückte ein neues und dennoch bekanntes BastA!-Gesicht in den Grossen Rat nach.

Nicola Goepfert ist schon lange politisch aktiv. Sei es als Präsident bei March Against Syngenta, Geschäftsführer für den Schweizerischen Zivildienstverband CIVIVA oder als Sekretär bei Plateforme sans-papier Suisse. Ausserdem ist er im Vorstand der BastA! und neu seit dem 14. Juni 2022 im Grossrat. Eine gute Gelegenheit Nicola etwas besser kennenzulernen.

In der Recherche und dem Vorgespräch finde ich heraus, dass er jahrelang in der Pfadi aktiv war, viele J&S Ausbildungen gemacht hat, als Snowboard- und Skilehrer tätig ist und zwischenzeitlich auch noch Coach war.

Gleichzeitig hat er sich auch für Politik interessiert. Mit einem Vater und einem Onkel im Grossrat für die SP, war Politik immer schon ein Thema zu Hause gewesen. Die Politikwelt und das Vereinsleben scheinen stets präsent in seiner Jugend gewesen zu sein. Vielleicht kein Zufall? Wie Kevin Kühnert einmal in einem Interview sagte: „Eigentlich ist die Partei auch ein riesen Verein.“

Was hast du von deiner Vereinerfahrung mit in die Politik genommen?

Aus der Pfadi kann ich ganz viel mitnehmen: Projekte planen, für Ideen einstehen, vor Leuten reden, Verantwortung übernehmen, etc.



Nicola Goepfert, Foto: Marcel Gross

Und wie hast du mit Politik angefangen?

So richtig bin ich Anfang zwanzig über die Migrationspolitik eingestiegen. Über die Idee eines Cafés gegen Foodwaste bin ich auf das EVZ, das Empfangs- und Verfahrenszentrum gestossen, also das heutige Bundesasylzentrum. Anstatt dem Café habe ich dann dort Pilotprojekte mit asylsuchenden Personen zusammen gemacht. Dabei stand Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Zentrum und nicht der Ansatz, wie können wir euch helfen. Es sollte wirklich zum Austausch kommen.

Du hast an der Uni Bern Sozialwissenschaften, (ein Kombinationsstudiengang aus

Politik-, Medienwissenschaften und Soziologie) studiert. Was ist für dich herausgestochen?

Ich legte meinen Schwerpunkt auf politische Kommunikation und Meinungsbildungsprozess und dort wurde mir klar, dass wir in unseren Meinungen gar nicht so festgefahren sind. Es gibt Kippunkte in Gesellschaften, an denen die öffentliche Meinung umschwingt. Das zeigte mir, dass Meinungen nicht gegeben sind und es einen Handlungsspielraum gibt.

Kannst du ein Beispiel von so einer Kippunktsituation zu geben?

Zum Beispiel in den USA, als die öffentliche Meinung zum Vietnamkrieg von Pro zu Contra drehte. Da hat man in der Forschung zwei wichtige Indikatoren festgemacht: Erstens das politische Wissen und zweitens das Bewusstsein für ein Thema. Je grösser diese Werte sind, desto stabiler ist deine Meinung. Als sich in den USA ein gesellschaftliches Bewusstsein für diesen Krieg entwickelte (Berichte über Tet-Offensive), änderte sich damit die öffentliche Meinung. Auch dank Menschen, die sich hingestellt und Kritik geäussert haben, welche anschlussfähig wurde.

Du hast einmal in einem Interview gesagt: „Ich möchte darauf achten, dass Solidarität nicht zur Worthülse verkommt, sondern der Kern meines Handelns ist.“ Was bedeutet Solidarität eigentlich für dich?

Im Kern bedeutet es für mich, dass jeder



Wohnschutzdemo am 21.07.2017, v.l.n.r.: Nicola Goepfert, Alt Grossrat Beat Leuthardt, Grossrätin Patrizia Bernasconi, Foto: Franziska Stier

Mensch gleiche Rechte und damit gleichen Wert hat. Dass man sich den eigenen Privilegien bewusst ist, diese nicht für selbstverständlich hält und deshalb auch keinen Anspruch darauf hat. Aus dieser Haltung heraus heisst dann Solidarität, dass du Menschen, die diese Privilegien nicht haben unterstützt, sie handlungsfähig machst, also empowerst.

Du bist Präsident von March Against Syngenta, einem enorm grossen und enorm problematischen Konzern. Was motiviert dich gegen so einen Riesen anzugehen?

Es ist ein sehr spannendes Beispiel eines Konzerns, der jetzt zwar China gehört, aber lokal ansässig ist und global handelt und offensichtlich viel Dreck am Stecken hat mit seiner Giftwirtschaft für Grossgrundbetreiber und ihren Monokulturen. Es gibt auch den Fall Keno, da wurde ein Gewerkschaftsführer von einer Sicherheitsfirma von Syngenta umgebracht. Da wurde Syngenta vor nicht allzu langer Zeit schuldig gesprochen. Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass unsere Verantwortung nicht an der Landesgrenze aufhört. Denn wir profitieren von Syngentas Steuern, also tragen wir auch Verantwortung. Und zudem merken wir als Bewegung, wie erfolgreich wir sind. Der Ruf von Syngenta hat sich in Basel massiv verschlechtert und wir wissen, dass sie den Druck spüren, wenn sie zu Hause hinterfragt werden.

Wie gerade beschrieben, bist du stark ausserparlamentarisch aktiv. Was für Unterschiede in der Herangehensweise merkst du, jetzt als Parlamentarier?

Bewegungspolitik bedeutet einerseits kurzfristige Reaktion auf Probleme und andererseits Visionen zu erarbeiten. Im Parlament bewegt man sich in einem festen System und sucht nach einzelnen Punkten, die man verbessern kann. In denen Bereichen, in denen ich aktiv bin, Migrationspolitik z. B. sehe ich nicht, dass die Lösung aus dem Parlament kommt. Sie macht es vielleicht besser, aber sie wird nicht sagen, kein Mensch ist illegal.

Warum hast du dich dann für den parlamentarischen Weg entschieden?



March against Bayer & Syngenta, 05.05.2019, Foto: Franziska Stier



Lauf gegen Grenzen am 28.08.2017, Foto: Franziska Stier

Weil ich glaube, dass es beides braucht. Wir leben in einer Gesellschaft die von der Realpolitik beeinflusst wird. Sie prägt den Alltag von uns allen. Und ich habe das Privileg auf dieser Ebene Einfluss zu nehmen. Das möchte ich nutzen, um einiges besser zu machen. Zum Beispiel, wenn die Mietpreise steigen, dann möchte ich mich nicht davor verschliessen.

Was wird für dich herausfordernd?

Ich möchte meine Haltung bewahren und gleichzeitig im Parlament handlungsfähig bleiben und ich glaube das wird manchmal sehr herausfordern.

Und was möchtest du erreichen?

Es gibt verschiedene Bereiche, in denen ich schon zuvor aktiv war, wo ich auch im Parlament genau hinschauen möchte. Mein Engagement für die Rechte von Sans-Papiers, gegen die zunehmende Repression oder unverantwortliche Konzerne wird weitergehen. Ein wichtiges Ziel von mir ist zum Beispiel, dass in Basel keine rassistische Polizeikontrollen mehr durchgeführt werden.

Das Interview führte Helma Pöppel, junges grünes bündnis nordwest

ABSTIMMUNGEN

Parolen vom 25. September 2022

Eidgenössische Vorlagen

JA zur Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

NEIN zum Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

NEIN zur Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

NEIN zur Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)

Kantonale Vorlagen

NEIN zum Grossratsbeschluss vom 23. März 2022 betreffend Teilrevision des Gesetzes über Freizeitgärten

NEIN zur kantonalen Volksinitiative «betreffend Abschaffung des Präsidialdepartements und Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Regierungsrats von 7 auf 5 Mitglieder»

HDP - Die Lösung sind wir!

Im Juli 2022 nahm BastA! als Teil einer internationalen Delegation am 5. Kongress der HDP in der Türkei teil. Aufgerufen hatte dazu unsere Schwesterpartei HDP. Sie ist das politische Dach unter dem sich zahlreiche linke, grüne, kurdische und sozialistische Parteien in der Türkei versammeln. Neben einer kleinen Schweizer Delegation aus SP, BastA! und PdA beteiligten sich um die 100 internationale Gäste. Ankara wurde für die Dauer des Kongresses für einige Stunden vom Zentrum des türkischen Faschismus zu einem Zentrum der Hoffnung und Demokratie.

Wirtschaftlich und politisch befindet sich das Land in einer schweren Krise. Der Gewerkschaftsbund KESK spricht von 70-75 Prozent offizieller Inflation. Die Gewerkschaftsforschung sogar von 150 Prozent, erzählt uns der KESK Co-Präsident Mehmet Bozgeyik. Der Preis für Brennstoffe hat sich vervielfacht. Der aktuelle Mindestlohn liegt unter dem Existenzminimum von rund 6000 TL. Unter diesen Umständen sind Hungerkrisen nicht auszuschliessen. Um die soziale Situation greifbar zu machen: Der Wechselkurs beträgt 1:17. Mit unseren 50 Franken bzw. 850 Türkischen Lira bekamen wir 5 Kaffee und zwei Sandwiches am Flughafen.

Verrat an Leben und Natur

Diese Hyperinflation macht für viele Menschen Selbstversorgung unerlässlich. Doch hier rauben Staat und Kapital zunehmend agrarisch genutztes Land. Oliven- und Obstplantagen weichen beispielsweise dem Goldabbau. Dabei wird hoch giftiges Cyanit eingesetzt. Da die Lagerbecken der Blausäure oft nicht mehr ausreichen, wird das Cyanit verdampft. Mehr als 1500 Menschen wurden bereits vergiftet, berichtet der Umwelthanwalt Mehmet Horus, der sich



Internationale Delegation am 5. HDP-Kongress in Ankara 03. Juli 2022, Foto: Turgay Yılmaz

politisch auch in der Umweltkommission der SYKP (Partei der sozialistischen Wiedergründung) engagiert. Auch Flüsse und die Natur leiden unter den Dämpfen. Mehmet Horus, die HDP und besonders Frauen kämpfen gegen diesen Raubbau an der Natur.

Im März 2022 wurde bspw. erneut über das Grossprojekt des Istanbulkanals verhandelt. Dieses Prestigeprojekt Erdogans sieht einen zweiten Kanal östlich des Bosphoruskanals vor. Die geplante Wasserstrasse schneidet einen 400 Meter breiten Streifen durch Wälder und Ackerland. Wasserreservoirs, die zusammen fast ein Drittel der rund 16 Millionen Einwohner*innen Istanbul mit Trinkwasser versorgen, würden zerstört werden. Daneben gefährdet das Projekt Meereslebewesen, weil das salz- und sauerstoffarme Wasser des Schwarzen Meeres in das Marmarameer fliesst. Die AKP gefährdet hier wesentlich tausende Menschenleben und nimmt eine ökologische Katastrophe in Kauf. Die Verhandlung am 24. März zeigte, was uns auch die KESK mitteilte: Die Justiz ist zum Apparat der

Regierung geworden. Während der Gerichtssaal durch eine Polizeiblockade vor der Bevölkerung «geschützt» wurde, erklärte Mehmet Horus nach der Verhandlung: «Die Menschen in Istanbul haben Tausende von Petitionen eingereicht und tagelang ihre Einwände vorgebracht. Die Entscheidung wurde getroffen, indem der Wille der Menschen in Istanbul ignoriert wurde...»

Polizeigewalt auch gegen LGBTIQ

Wir trafen uns auch mit Aktivist*innen der LGBTIQ-Bewegung von KAOS GL. Mehmet, Asli und Remzi erzählten uns von ihrer Arbeit in der ältesten Queer-Organisation der Türkei. Auf der letzten Pride in Ankara wurden rund 400 Menschen festgenommen und nur wenige Tage nach unserer Abreise kam es erneut zu Gewalt während der Pride, einer Demonstration der LGBTIQ-Menschen, in Ankara. Die Pride-Teilnehmenden wurden von Faschisten angegriffen. Später wurde ein Teil von ihnen in Gewahrsam genommen (Nein, nicht die Faschisten). Genderqueere Menschen werden von den Regierungsparteien als «Nemesis türkischer Identität» verstanden, oder auch als «Fünfte Kolonne», die insgeheim mit den Interessen einer äusseren feindlichen Macht sympathisieren und mit dieser kollaborieren. Die türkische Regierung aus MHP und AKP sieht in ihnen den Feind türkischer Identität und setzt daher alles daran queere Identitäten unsichtbar zu machen und zu zerstören.

Abschliessend trafen wir unsere Genoss*innen vom Zentralkomitee der SYKP, der Partei der Sozialistischen Wiedergründung. Diese recht junge Partei steht in den Traditionslinien der Gewerkschaft, des Feminismus und der Ökologie. Als sozialistische Partei kämpft sie im Dach der HDP für einen Systemchange. Mehmet Horus machte in seinem Gespräch deutlich, dass wir die ökologische Frage nicht



Treffen mit dem Anwalt Mehmet Horus, der mehrere Umweltklagen in der Türkei führt. v.l.n.r.: Turgay Yılmaz, Suzan Yılmaz, Sina Deiss, Franziska Stier, Seyhan Karakuyu, Mehmet Horus



Treffen mit der SYKP Parteileitung in Ankara, 02.07.2022

technisch lösen können, sondern wir alternative Gesellschaftskonzepte brauchen. Entschlossen sagte er: «Das ganze System muss sich ändern». Doch die Türkei hat auch ein Demokratieproblem, das meist unter dem Stichwort «Kurdenfrage» verhandelt wird. Die türkische Regierungspolitik ist auch hier auf einem Vernichtungsfeldzug, in dem es darum geht kurdisches Leben zu assimilieren, zu verdrängen oder zu vernichten. Er zeigt sich in der Schliessung kurdischer Medien und Inhaftierung von Journalist*innen. Wir sehen diese Gewalt in den Bomben, die die Türkische Regierung aktuell auf Rojava abwirft und in dem politisch motivierten Verbotsverfahren, das die AKP/MHP Regierung gegen die HDP anstrebt.

HDP - Die Lösung sind wir!

Die Auswahl unserer Gesprächspartner*innen

haben unsere wundervollen GastgeberInnen Turgay und Suzan nicht zufällig getroffen. In all diesen Kämpfen ist die Bevölkerung involviert. Die Kämpfe um Natur und Lebensraum, die sozialen Kämpfe, die Kämpfe um Anerkennung sind die Kämpfe der vielen. Sie sind auch die Kämpfe der HDP. Und so wundert es nicht, dass es in der Kongresshalle mit zehntausenden Menschen aus der ganzen Türkei nach dem Gedenken an die Gefangenen und Gefallenen von Kobani hiess: «Die Lösung, die Hoffnung ist menschlich und diese Menschen sind hier!»

Die HDP muss all diese Kämpfe mit den Kämpfen der Kurd*innen um einen gerechten Frieden vereinen. Denn Frieden im eigentlichen Sinne, gibt es nicht ohne Freiheit, soziale Gerechtigkeit und soziale Teilhabe – weder in der Türkei, noch global.

Die HDP setzt sich und ihre Mitglieder im Kampf um diese fundamentalen Rechte enormer Repression aus. 10.000 Mitglieder dieser drittstärksten Partei der Türkei wurden seit 2016 inhaftiert. Fast alle gewählten Bürgermeister*innen wurden abgesetzt und durch Zwangsverwalter ersetzt. Nun droht der HDP einige Monate vor den nächsten Wahlen ein Verbotsverfahren. Dieses Parteiverbot würde nicht nur zur Schliessung der Partei, sondern zu einem Politikverbot für rund 500 Mandatsträger*innen und Parteiaktiven führen.

Aus diesem Grund war die internationale Präsenz während des Parteitags so wichtig. Die sozialen und ökologischen Kämpfe, die Kämpfe der queeren Bewegung, der Frauen und der Kurd*innen um Anerkennung und Teilhabe brauchen eine hörbare Stimme in den Parlamenten. Mit dem Verbot der HDP unter dem Vorwand des Terrorismus geht auch eine Kriminalisierung all der sozialen, ökologischen und freiheitlichen Kämpfe einher. Die reaktionäre Regierung des NATO-Mitglieds Türkei kämpft für eine Kriminalisierung all dessen wofür auch unsere Partei Basta! täglich einsteht.



Franziska Stier, Parteisekretärin Basta!



Schweigeminute für die Gefallenen in Kobani am HDP-Kongress 03. Juli 2022 in Ankara. Foto: Turgay Yılmaz

NEIN zur Abschaffung Verrechnungssteuer

Wieder müssen wir gegen eine Steuervorlage abstimmen, welche den grossen Konzernen und reichen Anleger*Innen ein Steuer-geschenk in Millionenhöhe machen will. Und warum? Natürlich, um die Standort-attraktivität der Schweiz zu vergrössern.

Dass Steuergeschenke an Unternehmen und an Reiche die Standortattraktivität nicht zwangsläufig steigern, zeigt sich jüngst im Kanton Aargau. Hier wurde in der letzten Abstimmung die Unternehmenssteuer von 18% auf 15.1% gesenkt, tiefer ist nicht mehr erlaubt, wegen der OECD-Steuerreform und trotzdem verliert der Aargau sieben Plätze im Standortattraktivitätsranking der Credit Suisse.

Aber was genau ist die Verrechnungssteuer? Die Verrechnungssteuer ist eine sogenannte «Sicherungssteuer». Sie stellt sicher, dass Zinserträge und Vermögen in der Steuererklärung korrekt deklariert werden. Wer sein Vermögen in der Steuererklärung korrekt angibt, der erhält die von seinen Kapitalerträgen abgezogene Verrechnungssteuer von 35% wieder zurückerstattet.

Die Verrechnungssteuer dient also dazu, Steuerkriminalität zu verhindern. Trotzdem will die bürgerliche Mehrheit im Parlament nun die Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen und auf indirekten Anlagen ersatzlos streichen. Damit soll die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen – das sind 0.03% aller Unternehmen in der Schweiz – privilegiert werden.

Die bürgerlichen und Arbeitgeberverbände wie Economie Suisse argumentieren, dass



die Verrechnungssteuer bei der Herausgabe von Obligationen ein Hindernis sei, zu bürokratisch und dauert lange, die Unternehmen würden deswegen auf andere Finanzplätze wie Luxemburg, Grossbritannien oder Belgien ausweichen. Deshalb brauche es die Reform, um das Geschäft wieder heimzuholen.

Dieser Plan führt zu massiven Steuerausfällen von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr – zusätzlich zu einem einmaligen Ausfall von einer Milliarde Franken. Vor allem aber führt die Abschaffung der Verrechnungssteuer zu einer Zunahme an Steuerkriminalität und Steuerhinterziehung, denn ohne Verrechnungssteuer sinkt für reiche Anleger:innen der Anreiz, ihre Vermögenswerte in der Steuererklärung korrekt anzugeben. Wenn wir schon ein Gesetz haben, das die Steuerhinterziehung in einem Teilbereich verhindert, dürfen wir dieses nicht

abschwächen. Nur weil andere Staaten diesbezüglich nachlässig sind, dürfen wir nicht in diesem Chor mitsingen.

Zinserträge aus normalen Bankgutgaben von inländischen Privatpersonen sollen derweil weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegen: Ein Schlag ins Gesicht für alle ehrlichen Steuerzahler:innen, die weiterhin kontrolliert werden, während für grosse Konzerne und reiche Anleger:innen ein neues Steuerschlupfloch geschaffen wird. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer ordnet sich ein in eine ganze Reihe von Steuerabbauvorlagen des bürgerlichen Parlaments ein, die allesamt zu massiven Steuerausfällen führen und damit die dringend notwendigen Investitionen in den Klimaschutz, soziale Sicherheit und in den Service Public verhindern.

Sina Deiss, Co-Präsidentin BastA!

VERANSTALTUNG



Am 16. September findet der Park(ing)day statt. Ab 14:00 Uhr nehmen wir uns einen Parkplatz in der Breisacherstrasse 51, 4057 Basel

Der PARK(ing) Day wurde im Jahr 2005 in San Francisco von einem Kunst- und Design-Kollektiv ins Leben gerufen. Die Veranstaltungsidee ist so einfach wie überzeugend: Auf der Fläche eines markierten Parkfelds wird temporär ein öffentlich zugänglicher Ort geschaffen. Was genau auf der Parkfläche in der Breisacherstrasse passiert, liegt bei uns.